



BUNDESMINISTERIUM  
FÜR FINANZEN

Abteilung IV/4

Herrn  
Präsidenten  
des Nationalrates

Parlament  
1010 W i e n

GZ. 04 3742/2-IV/4/03

Himmelpfortgasse 4-8  
Postfach 2  
A-1015 Wien  
Telefax: +43 (0)1-513 98 61

Sachbearbeiterin:  
Heidemarie Kuschil  
Telefon:  
+43 (0)1-514 33/2650  
Internet:  
Heidemarie.Kuschil@bmf.gv.at  
DVR: 0000078

Betr.: Protokoll zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Norwegen zur Abänderung des am 28. November 1995 in Wien unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Das Bundesministerium für Finanzen übermittelt den angeschlossenen Entwurf zur gefälligen Kenntnisnahme mit dem Bemerkten, dass dieser Entwurf den begutachtenden Stellen zur Stellungnahme bis längstens 15. Juli 2003 übermittelt wurde.

Gleichzeitig wurden die Interessenvertretungen ersucht, ihre Stellungnahme in elektronischer Form sowie in 25facher Ausfertigung dem Herrn Präsidenten des Nationalrates zuzuleiten.

Anlage

10. Juni 2003

Für den Bundesminister:

Dr. Loukota

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

## **Parlament**

Präsident des Nationalrates

## **Bundesbehörden**

BMsozSG Geschäftsführung der Bundesgleichbehandlungskommission c/o Referat III/3

Bundeskanzleramt Staatssekretär Franz Morak

Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst und Datenschutzrat

Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Bundesministerium für Inneres

Bundesministerium für Justiz

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Bundesministerium für Landesverteidigung

Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport- Sektion II/ Zentrale

Personalkoordination

Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit Abteilung I/22

Bundesvergabeamt

Finanzmarktaufsichtsbehörde - FMA Abteilung Rechts- und Verfahrensangelegenheiten

Finanzprokurator

Präsidentschaftskanzlei

Rechnungshof

Statistik Österreich

Verfassungsgerichtshof

Verwaltungsgerichtshof

Volksanwaltschaft

## **Landesbehörden**

Amt der Burgenländischen Landesregierung

Amt der Kärntner Landesregierung

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung

Amt der Salzburger Landesregierung

Amt der Steiermärkischen Landesregierung

Amt der Tiroler Landesregierung

Amt der Vorarlberger Landesregierung

Amt der Wiener Landesregierung (Stadtssenat)

Österreichischer Gemeindebund

Österreichischer Städtebund

Unabhängiger Verwaltungssenat in Burgenland

Unabhängiger Verwaltungssenat in der Steiermark

Unabhängiger Verwaltungssenat in Kärnten

Unabhängiger Verwaltungssenat in Niederösterreich

Unabhängiger Verwaltungssenat in Oberösterreich

Unabhängiger Verwaltungssenat in Salzburg

Unabhängiger Verwaltungssenat in Tirol

Unabhängiger Verwaltungssenat in Vorarlberg

Unabhängiger Verwaltungssenat in Wien

Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung

Verein der Mitglieder der Unabhängigen Verwaltungssenate

## **Interessens- und Berufsvertretungen**

AGEZ Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit

ARBÖ

ARGE Daten

Bundesarbeitskammer

Bundeskammer der Tierärzte Österreichs

Bundeskomitee Freie Berufe Österreichs

Evangelischer Oberkirchenrat

Forschungsinstitut für Europafragen an der Wirtschaftsuniversität Wien

Forschungsinstitut für Europarecht (Graz)

Geschäftsstelle der Seniorenkurie des beim Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen eingerichteten Bundessenorenbeirates

Handelsverband

Hauptverband der Land- und Forstwirtschaftsbetriebe Österreichs

Institut für Europarecht an der Universität Linz

Institut für Europarecht an der Universität Salzburg

Institut für Europarecht (Juridicum)

Institut für Finanzrecht an der Universität Graz

Institut für Finanzrecht an der Universität Innsbruck

Institut für Finanzrecht an der Universität Wien

Institut für Finanzrecht an der Wirtschaftsuniversität Wien

Institut für Handels- und Wertpapierrecht Universität Wien  
Kammer der Wirtschaftstreuhänder  
ÖAMTC  
Oesterreichische Nationalbank  
ÖGB- Gewerkschaft öffentlicher Dienst  
Österreichische Ärztekammer  
Österreichische bankwissenschaftliche Gesellschaft  
Österreichische Gesellschaft für Gesetzgebungslehre  
Österreichische Notariatskammer  
Österreichischer Gewerbeverein  
Österreichischer Gewerkschaftsbund  
Österreichischer Industrieholding AG  
Österreichischer Landarbeiterkammertag  
Österreichischer Rechtsanwaltskammertag Postfach 612  
Österreichischer Seniorenrat Bundesaltenrat Österreichs  
Österreichischer Verband der Markenartikelindustrie  
Österreichischer Verband für Aktien-Emitenten und Investoren  
Österreichischer Wasserwirtschaftsverband  
Österreichisches Normungsinstitut Postfach 130  
Österreichisches Rotes Kreuz Referat für Rechtsangelegenheiten  
Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs  
Rechtsanwaltskammer Wien  
Rechtswissenschaftliche Fakultät Johannes Kepler Universität Linz  
Rektorenkonferenz  
Sekretariat der Österreichischen Bischofskonferenz  
Verband der Akademikerinnen Österreichs  
Verband der Elektrizitätswerke Österreichs  
Verband Reisender Kaufleute Österreichs  
Vereinigung der Finanzakademiker Österreichs  
Vereinigung der österreichischen Industrie  
VÖS-Bund der Steuerzahler  
Wirtschaftsforum der Führungskräfte  
Wirtschaftskammer Österreich  
Zentrum für Europäisches Recht Neue Universität

## **Ressortinterne**

BMF Abteilung I/4

BMF Präs. 1

BMF Sektion I

BMF Sektion II

BMF Sektion III

BMF Sektion IV

BMF Sektion VI

Präsident FLD für Salzburg

Präsident FLD für Kärnten

Präsident FLD für Oberösterreich

Präsident FLD für Steiermark

Präsident FLD für Tirol

Präsident FLD für Vorarlberg

Präsident FLD für Wien, NÖ und Burgenland

Zentralausschuss für die Bediensteten des Zollwachdienstes beim Bundesministerium für  
Finanzen

Zentralausschuss für die sonstigen Bediensteten beim Bundesministerium für Finanzen

**PROTOKOLL ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEM KÖNIGREICH  
NORWEGEN ZUR ABÄNDERUNG DES AM 28. NOVEMBER 1995 IN WIEN  
UNTERZEICHNETEN ABKOMMENS ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung  
UND ZUR VERHINDERUNG DER STEUERUMGEHUNG AUF DEM GEBIETE DER  
STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN**

Die Republik Österreich und das Königreich Norwegen, von dem Wunsch geleitet, ein Protokoll zur Abänderung, des zwischen den vertragschließenden Parteien am 28. November 1995 in Wien unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (im Folgenden „Abkommen“ genannt), abzuschließen, sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

1. Artikel 2 Absatz 3 lit. b Ziffer 4 des Abkommens wird aufgehoben.
2. Die Ziffern 5, 6, 7 und 8 der lit. b des Absatzes 3 des Artikels 2 erhalten die Bezeichnung Ziffern 4, 5, 6 und 7.

**Artikel 2**

In Artikel 3 Absatz 1 lit. h Ziffer (ii) entfallen die Worte „und Zölle“.

**Artikel 3**

1. Absatz 2 des Artikels 10 des Abkommens wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

„(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen. Ist jedoch der Empfänger eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft), die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt, so sind die Dividenden von der Steuer des erstgenannten Staates auszunehmen.“

2. Absatz 3 des Artikels 10 des Abkommens wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

„(3) Dividenden, die von der Regierung eines Vertragsstaats als Nutzungsberechtigte bezogen werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden. Für Zwecke dieses Absatzes umfasst der Ausdruck „Regierung eines Vertragsstaates“

- a) Im Fall Norwegens:

- (i) die Zentralbank Norwegens;
- (ii) den Erdölfonds der Norwegischen Regierung;
- (iii) den Nationalen Versicherungsfonds; und
- (iv) nach Maßgabe der jeweiligen Verständigungen zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten Körperschaften öffentlichen Rechts oder Institutionen, die zur Gänze oder überwiegend der Regierung Norwegens gehören;

- b) Im Fall Österreichs:

- (i) die Österreichische Nationalbank;
- (ii) nach Maßgabe der jeweiligen Verständigungen zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten Körperschaften öffentlichen Rechts oder Institutionen, die zur Gänze oder überwiegend der österreichischen Regierung gehören.“

3. Die Absätze 3, 4 und 5 des Artikels 10 erhalten die Bezeichnung Absätze 4, 5 und 6.

**Artikel 4**

1. Absatz 5 des Artikels 13 des Abkommens wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

„Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus der Veräußerung von Aktien oder anderen Rechten an einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Staat ansässig ist, sowie Gewinne aus der Veräußerung von Optionen oder anderen Finanzinstrumenten, die sich auf solche Aktien oder Rechte beziehen, dürfen im anderen Staat besteuert werden, aber nur, wenn der Veräußerer innerhalb der letzten fünf Jahre vor der Veräußerung der Aktien, Rechte, Optionen oder Finanzinstrumente durchgehend in dem anderen Staat ansässig war.“

2. Absatz 5 des Artikels 13 erhält die Bezeichnung Absatz 6.

## Artikel 5

1. Absatz 1 lit. b des Artikels 24 des Abkommens wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

„b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach Artikel 10 und Artikel 13 Absatz 5 in Norwegen besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Norwegen gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Norwegen bezogenen Einkünfte entfällt.“

2. In Absatz 1 des Artikels 24 des Abkommens wird folgende neue lit. c eingefügt:

„c) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.“

3. In Absatz 2 des Artikels 24 des Abkommens wird folgende neue lit. c eingefügt:

„c) Einkünfte oder Vermögen einer in Norwegen ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Norwegen auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Norwegen in die Besteuerungsgrundlage einbezogen werden; Norwegen lässt aber jenen Teil der Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen zum Abzug von der norwegischen Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen zu, der auf die Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat oder das im anderen Staat gelegene Vermögen entfällt.“

## Artikel 6

1. Der bestehende Artikel 29 des Abkommens erhält die Bezeichnung Absatz 1.

2. In Artikel 29 des Abkommens wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

„(2) Soweit nach den steuerlichen Vorrechten, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkommen zustehen, Einkünfte oder Vermögen im Empfangsstaat nicht besteuert werden, wird das Besteuerungsrecht dem Entsendestaat vorbehalten.“

## Artikel 7

Die Vertragsstaaten teilen einander auf diplomatischem Weg mit, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Protokolls erfüllt sind. Das Protokoll tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat folgt, in dem die spätere der oben genannten Mitteilungen, erfolgt ist, und seine Bestimmungen finden Anwendung auf Steuern vom Einkommen und vom Vermögen für das dem Kalenderjahr des Inkrafttretens unmittelbar folgende Kalenderjahr (einschließlich der in diesem Jahr beginnenden Wirtschaftsjahre), sowie für die weiteren Folgejahre.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu ..... in zwei Unterschriften, jede in deutscher, norwegischer und englischer Sprache. Bei Auslegungsunterschieden ist der englische Text maßgeblich.

Für die Republik Österreich:

Für das Königreich Norwegen:

## ZUSATZPROTOKOLL

Anlässlich der Unterzeichnung des Protokolls zur Abänderung des zwischen den vertragschließenden Parteien am 28. November 1995 in Wien unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (im Folgenden „Abkommen“ genannt), haben die Unterzeichneten über folgende Bestimmung das Einvernehmen hergestellt, die einen integralen Bestandteil des Protokolls bildet.

### 1. Im Hinblick auf Artikel 27 des Abkommens:

Es wird klargestellt, dass Artikel 27 des Abkommens dem Vertragsstaat, der ein Auskunftersuchen erhalten hat, die Verpflichtung auferlegt, die erbetenen Informationen für den ersuchenden Staat in der gleichen Weise zu beschaffen, in der solche Informationen für seine eigenen Zwecke beschafft worden wären. Wenn der um Auskunft ersuchte Staat bestimmte Informationen erst nach der formalen Einleitung eines verwaltungsbehördlichen oder strafgerichtlichen Verfahrens betreffend Abgabenhinterziehung erlangen kann, ergibt sich aus dem zuvor erwähnten Prinzip, dass solche Informationen über Ersuchen des anderen Vertragsstaates beschafft werden müssen, wenn ein vergleichbares Verfahren im anderen Staat formal eingeleitet worden ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu ..... in zwei Unterschriften, jede in deutscher, norwegischer und englischer Sprache. Bei Auslegungsunterschieden ist der englische Text maßgeblich.

Für die Republik Österreich

Für das Königreich Norwegen:



## **Vorblatt**

### **Problem:**

Das österreichisch-norwegische Doppelbesteuerungsabkommen hat sich als revisionsbedürftig erwiesen.

### **Ziel:**

Durch die Abkommensrevision soll vor allem im Bereich der Besteuerung der Konzerndividenden im Verhältnis zu Norwegen die gleiche steuerliche Wettbewerbssituation wie im Verhältnis zu den EU-Staaten geschaffen werden.

### **Inhalt:**

Die Quellenbesteuerung für Gewinnausschüttungen verbundener Kapitalgesellschaft soll beseitigt und einige andere Aktualisierungen der Rechtslage sollen herbeigeführt werden.

### **Alternativen:**

Keine.

### **Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Wirtschaftsstandort Österreich:**

Die Attraktivität Österreichs als Zielland für Investitionen aus Norwegen wird damit erhöht.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Negative finanzielle Auswirkungen des Abkommens auf den Bundeshaushalt sowie auf andere Gebietskörperschaften sind nicht zu erwarten. Das Abkommen hat keine Auswirkungen auf die Planstellen des Bundes.

### **Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union:**

Die vorgesehenen Regelungen fallen nicht in den Anwendungsbereich des Rechtes der Europäischen Union.

### **Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:**

Zustimmung des Bundesrates gem. Art 9 Abs 1 zweiter Satz B-VG.

## **ERLÄUTERUNGEN**

### **I. Allgemeiner Teil**

Das mit Norwegen am 28. November 1995 unterzeichnete Doppelbesteuerungsabkommen hat sich als revisionsbedürftig erwiesen, weil sich die darin vorgesehene 5%ige Quellenbesteuerung für grenzüberschreitende Gewinnausschüttungen innerhalb multinationaler Unternehmensgruppen als Investitionshindernis herausgestellt hat.

Am 29. August 2002 wurden in Oslo Revisionsverhandlungen aufgenommen und mit der einvernehmlichen Erstellung des vorliegenden Protokollentwurfes (samt Zusatzprotokoll) abgeschlossen. Das österreichische Revisionsanliegen wurde hierbei von norwegischer Seite zum Anlass für mehrere Abkommensaktualisierungen genommen.

Das Protokoll ist ein gesetzändernder Staatsvertrag und bedarf daher der Genehmigung durch den Nationalrat gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG. Überdies ist gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG die Zustimmung des Bundesrates erforderlich. Es hat nicht politischen Charakter und enthält weder verfassungsändernde noch verfassungsergänzende Bestimmungen. Alle seine Bestimmungen sind zur unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Bereich ausreichend determiniert, sodass eine Beschlussfassung gemäß Artikel 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist.

Mit dem Inkrafttreten des Staatsvertrages werden keine messbaren finanziellen und keine personellen Wirkungen verbunden sein.

### **II. Besonderer Teil**

#### **Zu Artikel 1**

Die Liste der norwegischen Steuern wurde aktualisiert.

#### **Zu Artikel 2**

Die Bezeichnung der zuständigen Behörde auf norwegischer Seite trägt der Ausgliederung der Zollbelange Rechnung.

#### **Zu Artikel 3**

In Abweichung zur bisherigen OECD-konformen Rechtslage wird für konzerninterne grenzüberschreitende Gewinnausschüttungen die Dividendenquellenbesteuerung beseitigt. Durch diesen Entfall der bisherigen 5%igen Quellenbesteuerung wird im österreichisch-norwegischen Verhältnis in Abweichung von der Konzeption des OECD-Musterabkommens eine Regelung hergestellt, die jener zwischen EU-Mitgliedstaaten entspricht. Diese Neuregelung soll die Attraktivität Österreichs als Investitionsstandort erhöhen.

#### **Zu Artikel 4**

Nach Absatz 5 des Artikel 13 des Abkommens steht das Besteuerungsrecht an Gewinnen aus der Veräußerung von in den Absätzen 1 bis 4 nicht genanntem Vermögen, also insbesondere aus der Veräußerung von Kapitalbeteiligungen, dem Ansässigkeitsstaat des Veräußerers zu. Wird daher von einem in Österreich Ansässigen eine wesentliche Beteiligung an einer norwegischen Kapitalgesellschaft veräußert, dann ist ein hierbei erzielter Veräußerungsgewinn grundsätzlich gemäß Artikel 13 Abs. 5 des Abkommens in Norwegen von der Besteuerung auszunehmen, und zwar nach der bisherigen Rechtslage auch dann, wenn erst kurz zuvor eine Wohnsitzverlegung von Norwegen nach Österreich stattgefunden hat. Durch eine kurzfristige Wohnsitzverlegung nach Österreich konnte damit einer Besteuerung in Norwegen ausgewichen werden. Nach der Neuregelung wird in den Fällen des Wegzuges aus einem Vertragsstaat in den anderen das Besteuerungsrecht des Wegzugsstaates an den stillen Reserven noch durch fünf Jahre hindurch aufrechterhalten.

#### **Zu Artikel 5**

Im Methodenartikel war einerseits vorzukehren, dass mit der Zuteilung des Besteuerungsrechtes an den stillen Reserven von Kapitalbeteiligungen an den Wegzugsstaat nicht gleichzeitig dem Ansässigkeitsstaat ein Steuerverzicht auferlegt wird, der über den bloßen Rahmen der Vermeidung der Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung hinausgeht und der bei steuerlicher Nichterfassung im Wegzugsstaat zu einer legalen Doppelnichtbesteuerung geführt hätte.

Andererseits wurde auf norwegischer Seite eine Änderung bei der Anwendung des Progressionsvorbehaltes vorgesehen.

### **Zu Artikel 6**

Zur Vermeidung von Doppelnichtbesteuerungen wurde hinsichtlich der im diplomatischen und konsularischen Dienst eingesetzten Beamten eine „subject-to-tax-Klausel“ in das Abkommen aufgenommen.

### **III. Zusatzprotokoll**

Mit dem Zusatzprotokoll sollte klargestellt werden, dass sich aus der OECD-konformen Fassung des Artikels 27 des Abkommens für beide Vertragsstaaten die Verpflichtung ergibt, bei Erledigung von Auskunftersuchen zugunsten des jeweiligen ersuchenden Staates die erforderlichen Erhebungen in gleicher Weise vorzunehmen wie für eigene Fiskalbelange. Daraus folgt aber auch, dass die Mitwirkungspflichten der Betroffenen zugunsten der Belange des ersuchenden Staates in gleichem Umfang bestehen wie bei steuerlichen Erhebungen des um Amtshilfe ersuchten Staates.